



## **Hauptausschuss**

### **33. Sitzung (öffentlich)**

4. Juli 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Marcus Optendrenk (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Erster Staatsvertrag zur Änderung des Vertrags über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen von Bund und Ländern – Vertrag zur Ausführung von Artikel 91 c GG** 5

Antrag  
auf Zustimmung des Landtags zum Staatsvertrag  
gem. Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung  
Drucksache 17/5586

– Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen aller Fraktionen, dem Staatsvertrag zuzustimmen.

- 2 Umsetzungsgesetz zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages in Nordrhein-Westfalen** **6**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/6611
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt mit den Stimmen aller Fraktionen dem Vorschlag zu, zum Gesetzentwurf eine Anhörung durchzuführen.
- 3 Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Neufassung des Hochschulzulassungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen** **9**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/6538
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, ein Expertengespräch durchzuführen.
- 4 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Gesetz zur Stärkung der Abgeordnetenrechte)** **11**
- Gesetzentwurf  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/3801
- Ausschussprotokoll 17/638
- Auswertung der Anhörung vom 16. Mai 2019
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Gesetzentwurf abzulehnen.

**5 Änderung der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen zur Ersetzung der Fragestunde durch eine Regierungsbefragung 13**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/5633

– Verfahrensbeschluss

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, über das weitere Verfahren im Rahmen einer Obleuterunde zu beraten.

**6 Gesetz zur Einführung der Zustimmungswahl für Bürgermeister und Landräte 14**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/6267

– Verfahrensbeschluss

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen nachrichtlich zu beteiligen.

**7 Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie 15**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/6586

– Verfahrensbeschluss

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, über das weitere Verfahren im Rahmen einer Obleuterunde zu beraten.

**8 Bericht zur Umsetzung des Bundesprogramms „Demokratie leben“  
und Ausblick auf neue Förderbedingungen** (*Bericht beantragt von der  
Fraktion der SPD [s. Anlage]*) **16**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 17/2236

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

**9 Verschiedenes** **21**

\* \* \*

### **3 Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Neufassung des Hochschulzulassungsgesetzes in Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/6538

*(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuss – federführend – sowie an den Wissenschaftsausschuss am 26.06.2019)*

**Elisabeth Müller-Witt (SPD)** schlägt vor, zu diesem Gesetzentwurf ein Expertengespräch durchzuführen. Ein Expertengespräch könne schneller erfolgen als eine Anhörung. Wünschenswert wäre es, wenn zu diesem Expertengespräch Mitglieder des Wissenschaftsausschusses hinzugezogen würden, damit es auch diesen möglich sei, die sich aus dem Expertengespräch ergebenden Erkenntnisse gewinnen zu können.

**Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk** geht davon aus, in der nächsten Obleuterunde seien Details zu diesem Expertengespräch festzulegen. Nach den ihm vorliegenden Informationen sollte der Gesetzentwurf im Oktober dieses Jahres vom Plenum verabschiedet werden, damit den Hochschulen ausreichend Zeit zur Verfügung stehe, ihre Satzungen anzupassen. Das Inkrafttreten des Gesetzentwurfs dürfe sich auch deshalb nicht verzögern, weil das Anmeldeverfahren für das Sommersemester 2020 bereits nach dem neuen Recht erfolgen müsste. Deshalb sollte innerhalb der Fraktionen geklärt werden, welche Anliegen es aus dem Wissenschaftsbereich gebe.

**Angela Freimuth (FDP)** ist gerne bereit, dem Vorschlag des Vorsitzenden zu folgen. Vom Wissenschaftsausschuss sei in seiner gestrigen Sitzung bereits signalisiert worden, dass dieses Thema für ihn ebenfalls von Bedeutung sei. Aufgrund des bestehenden Zeitdrucks rege sie an zu überlegen, ob die bestehenden Fragen nicht auch im Rahmen eines schriftlichen Verfahrens beantwortet werden könnten. Bei Bedarf könne dann gegebenenfalls in der nächsten Woche im Umlaufverfahren ein förmliches Sachverständigengespräch beschlossen werden. Denkbar sei auch, schon heute einen Vorbehaltsbeschluss zu fassen.

**Vorsitzender Dr. Marcus Optendrenk** versteht die Anregung so, dass in der Obleuterunde nicht nur ein Termin für das Expertengespräch festgelegt werde, sondern auch schon die möglichen Themen benannt werden sollten. Deshalb bitte er, gegenüber dem Ausschussesekretariat bis zum Dienstschluss am kommenden Dienstag Experten zu benennen, die zu einem Expertengespräch eingeladen werden sollten, und ebenfalls die gewünschten Fragestellungen zuzuleiten, damit dann eine Verständigung innerhalb der Obleuterunde erfolgen könne. Das Expertengespräch könnte am 12. September 2019 nach dem Termin in der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf um 14:00 Uhr durchgeführt werden.

Der Ausschuss kommt überein, ein Expertengespräch durchzuführen.